

Stabilisiert!

Oder: Wie neun Prozent zum sozialdemokratischen Hoffnungsschimmer werden

Es gibt Wörter, die im Laufe der Geschichte ihre Bedeutung verändern.

„Telefon“ zum Beispiel bezeichnete früher ein schweres Gerät mit Wählscheibe, heute einen kleinen Computer, mit dem gelegentlich auch telefoniert wird.

„Freund“ war früher ein Mensch, mit dem man persönlich verbunden war. Später wurde daraus jemand, der auf Facebook versehentlich auf einen Knopf gedrückt hatte.

Und dann gibt es das Wort „stabilisiert“.

Früher bedeutete es ungefähr: etwas befindet sich wieder in einer einigermaßen sicheren Lage.

Seit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2026 wissen wir: In der Sozialdemokratie kann „stabilisiert“ offenbar auch bedeuten, dass man 9,3 Prozent bekommt.

SPD-Chefin Bärbel Bas erklärte nach der Wahl zunächst: „Wir haben unser Ergebnis gehalten.“ Auf die erstaunte Nachfrage des ARD-Moderators, ob man bei diesem Ergebnis tatsächlich von einer Stabilisierung sprechen könne, antwortete sie sinngemäß: In Sachsen-Anhalt schon. Immerhin sei die Partei wenige Wochen zuvor teilweise bereits abgeschrieben worden.

Das ist zweifellos richtig.

Wenn ein Patient auf der Intensivstation vorher als fast verloren galt und anschließend wieder selbstständig atmet, darf der Arzt durchaus von Stabilisierung sprechen.

Nur sollte er anschließend vielleicht nicht behaupten, der Patient habe gerade den Berlin-Marathon gewonnen.

Die SPD erhielt in Sachsen-Anhalt 9,3 Prozent.

Das waren 0,9 Prozentpunkte mehr als die 8,4 Prozent von 2021.

Technisch betrachtet ist das tatsächlich eine Stabilisierung.

Ein Tisch, der gestern auf drei Beinen stand und heute auf dreieinhalb, ist schließlich ebenfalls stabiler geworden.

Man sollte sich nur nicht allzu kräftig daraufsetzen.

Früher hieß Stabilität bei der SPD noch 35,9 Prozent

Der historische Vergleich macht die Sache besonders reizvoll.

Es gab einmal eine Zeit, in der die Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt nicht darüber diskutierte, ob sie zweistellig werden könnte.

Sie diskutierte darüber, wer Ministerpräsident wird.

1994 erhielt die SPD unter Reinhard Höppner 34,0 Prozent. Nach dieser Wahl wurde Höppner Ministerpräsident.

Vier Jahre später, 1998, geschah etwas, das heutigen SPD-Strategen vermutlich wie eine Überlieferung aus einem sozialdemokratischen Märchenbuch vorkommen muss:

Die Partei gewann hinzu.

Nicht 0,9 Prozentpunkte.

Sondern sie erreichte 35,9 Prozent.

Fünfunddreißig Komma neun.

In Sachsen-Anhalt.

Für die jüngeren Mitglieder der SPD sollte man vielleicht erklären, was eine Zahl wie 35,9 bedeutet.

Sie bedeutet nicht: SPD plus Grüne plus Linke plus BSW.

Sie bedeutet: SPD. Allein.

1998 war die SPD damit sogar stärkste Partei Sachsen-Anhalts. Die CDU kam nur auf 22 Prozent.

Damals wäre vermutlich niemand im Willy-Brandt-Haus auf die Idee gekommen, anschließend vor die Kameras zu treten und erleichtert zu verkünden: „Die SPD hat sich stabilisiert.“

Man hätte eher gesagt: Wir haben die Wahl gewonnen.

Solche Formulierungen wirken heute beinahe anmaßend.

Das Höppner-Missverständnis

Natürlich sollte man die Vergangenheit nicht romantisieren.

Auch die Höppner-Zeit endete bitter.

2002 fiel die SPD auf 20,0 Prozent zurück. Die CDU erreichte 37,3 Prozent, Höppner verlor das Amt des Ministerpräsidenten.

Damals galt das Ergebnis von 20 Prozent als schwere Niederlage.

Das ist historisch interessant.

Denn 20 Prozent wären für die SPD Sachsen-Anhalt im Jahr 2026 nicht einfach ein gutes Ergebnis.

Es wäre eine politische Auferstehung.

Man stelle sich vor, Armin Willingmann hätte am Wahlabend plötzlich 20 Prozent erreicht.

Die SPD-Zentrale hätte vermutlich vorsorglich das Brandenburger Tor angemietet.

Lars Klingbeil hätte von einer Zeitenwende gesprochen.

Bärbel Bas hätte erklärt, Sachsen-Anhalt habe gezeigt, dass die Sozialdemokratie wieder Volkspartei sei.

Und irgendwo hätte Kevin Kühnert vermutlich noch aus dem politischen Ruhestand angerufen und gefragt, ob das wirklich stimmt.

So ändern sich Maßstäbe.

1998: 35,9 Prozent – Wahlsieg.

2002: 20,0 Prozent – historische Niederlage.

2026: 9,3 Prozent – Stabilisierung.

Man benötigt keinen Politikwissenschaftler, um darin eine gewisse Verschiebung der sozialdemokratischen Erwartungshorizonte zu erkennen.

Die neue SPD-Mathematik

Man könnte das Ganze die Bas'sche Stabilitätsformel nennen.

Sie funktioniert ungefähr so:

Liegt eine Partei bei 35 Prozent und fällt auf 20 Prozent, ist das eine Katastrophe.

Liegt sie bei 20 Prozent und fällt auf zehn Prozent, ist das eine Krise.

Liegt sie bei 8,4 Prozent und steigt auf 9,3 Prozent, ist das eine Stabilisierung.

Und liegt sie irgendwann bei 4,9 Prozent und erreicht anschließend 5,1 Prozent, wird wahrscheinlich von einem bemerkenswerten Comeback gesprochen.

Politische Bewertung ist eben keine Mathematik.

Sie ist Mathematik mit Pressekonferenz.

Fairerweise muss man Bas zugutehalten, dass sie selbst ergänzte, das Ergebnis könne die SPD nicht zufriedenstellen.

Damit bewegt sie sich semantisch auf schwierigem Terrain:

Die Partei ist stabilisiert.

Aber unzufrieden.

Sie hat ihr Ergebnis gehalten.

Aber nur, weil die Ausgangslage bereits ausgesprochen niedrig war.

Sie hat einen Erfolg erzielt.

Aber eigentlich keinen.

Das erinnert an einen Fußballtrainer, dessen Mannschaft nach acht Niederlagen erstmals 0:0 spielt und anschließend erklärt: „Wir haben unsere Serie beendet.“

Technisch richtig.

Nur steht man weiterhin auf dem letzten Tabellenplatz.

Höppner und die verschwundene Volkspartei

Interessanter als die sprachliche Kosmetik ist allerdings die Frage, was zwischen Höppners 35,9 Prozent und den heutigen 9,3 Prozent passiert ist.

Denn der Vergleich zeigt den eigentlichen historischen Absturz.

Unter Höppner konnte die SPD noch sehr unterschiedliche Gruppen gleichzeitig erreichen: Industriearbeiter, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Teile der städtischen Mittelschichten und ostdeutsche Wähler, die weder CDU noch PDS wählen wollten.

Das sogenannte Magdeburger Modell war politisch höchst umstritten, aber es verschaffte der SPD eine eigenständige gesellschaftliche Rolle.

Heute kämpft die Partei darum, überhaupt noch als eigenständige politische Kraft sichtbar zu bleiben.

2026 erreichte die AfD in Sachsen-Anhalt 43,8 Prozent, die SPD 9,3 Prozent.

1998 erhielt die SPD 35,9 Prozent, während die damals rechtsradikale DVU auf 12,9 Prozent kam.

Das ist keine kleine Verschiebung.

Es ist eine Umkehrung politischer Kräfteverhältnisse.

Wer darüber spricht, sollte deshalb vielleicht weniger über 0,9 Prozentpunkte Zuwachs und mehr über drei Jahrzehnte gesellschaftlichen Bedeutungsverlust sprechen.

Stabilität ist relativ

Natürlich kann man einwenden:

Die politischen Zeiten sind andere.

Das Parteiensystem ist fragmentierter.

Die AfD hat den gesamten politischen Wettbewerb in Ostdeutschland verändert.

Milieus haben sich aufgelöst.

Die SPD ist bundesweit schwächer.

Alles richtig.

Aber gerade deshalb ist die historische Erinnerung nützlich.

Sie zeigt, wie sehr sich die politische Sprache an den Niedergang angepasst hat.

Eine Partei beginnt irgendwann, ihre eigenen Tiefstände zum Referenzpunkt zu machen.

Dann wird nicht mehr gefragt: Wie weit sind wir von früherer gesellschaftlicher Stärke entfernt?

Sondern: Sind wir wenigstens nicht noch weiter gefallen?

Und irgendwann wird aus der Vermeidung des nächsten Absturzes eine Erfolgsmeldung.

Das ist vermutlich die politische Definition von defensiver Stabilität.

Oder, etwas weniger wissenschaftlich:

Wenn man lange genug fällt, fühlt sich eine Zwischenetage irgendwann wie das Erdgeschoss an.

Die eigentliche Frage

Bärbel Bas liegt also nicht völlig falsch.

Die SPD hat sich in Sachsen-Anhalt tatsächlich stabilisiert – wenn man „stabilisiert“ relativ zum historischen Tiefpunkt von 2021 versteht.

Nur zeigt der Vergleich mit Reinhard Höppner, wie bescheiden dieser Maßstab geworden ist.

1994: 34,0 Prozent.

1998: 35,9 Prozent.

2002: 20,0 Prozent – damals eine vernichtende Niederlage.

2021: 8,4 Prozent.

2026: 9,3 Prozent – Stabilisierung.

Vielleicht besteht die wichtigste Aufgabe der SPD deshalb nicht darin, neue Begriffe für einstellige Ergebnisse zu finden.

Vielleicht müsste sie herausfinden, warum eine Partei, die einmal mehr als ein Drittel der Wähler Sachsen-Anhalts hinter sich versammeln konnte, heute erleichtert ist, wenn ungefähr jeder elfte Wähler sein Kreuz bei ihr macht.

Denn Stabilität besitzt eine unangenehme Eigenschaft:

Auch ein Gebäude kann vollkommen stabil sein, nachdem drei Stockwerke eingestürzt sind.

Quellenhinweis

Die im Kommentar genannten Wahlergebnisse beruhen auf den amtlichen Landtagswahlergebnissen Sachsen-Anhalts. Die Bezugnahme auf Bärbel Bas' Äußerung folgt der öffentlichen Berichterstattung nach der Landtagswahl 2026.